

## V6 Israel und Palästina: Wege zur Deeskalation in einer konfliktbeladenen Region

Antragsteller\*in: Jalda Rahimi, Carl-Emil Förster, Franz Krause

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Humanität und Menschenrechte für alle!

2 Am 07. Oktober 2023 hat die islamistische Terrororganisation Hamas, der  
3 Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und weitere, kleinere Gruppen  
4 einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit  
5 tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist\*innen. Dieser brutale  
6 Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

7 Gerade deshalb sind wir solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen,  
8 die seit Jahren unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und  
9 gerade jetzt instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden  
10 Palästinenser\*innen, die im vergangenen Jahr verletzt wurden, gestorben sind  
11 oder sich nun, teilweise zum wiederholten Male, auf der Flucht befinden.  
12 Weiterhin braucht es dringend sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen  
13 alle in der Region Verantwortung.

14 Während wir diesen Antrag schreiben, erreichen uns die Nachrichten und Bilder  
15 aus dem Al-Aqsa Krankenhaus. Menschen, die in den Flammen bei lebendigem Leibe  
16 verbrennen. Die gewaltige Welle an Empörung bleibt aus. Die Menschen sind  
17 abgestumpft, erwarten eine konstante Steigerung des Leids. Wir sagen:  
18 Zehntausende Tote, die meisten davon Frauen und Kinder, ist nicht normal!

19 Das israelische Militär hat fast ganz Gaza in Schutt und Asche gelegt. Besonders  
20 betroffen sind davon Zivilist\*innen. Die Hamas versteckt sich hinter  
21 Zivilist\*innen und nutzt Fallen, um Soldat\*innen auf brutalste Art und Weise zu  
22 töten. Neueste Berichte werfen dem israelischen Militär vor, Zivilist\*innen als  
23 menschliche Schutzschilde zu nutzen. Dieser Krieg zeigt auf, wie Zivilist\*innen  
24 benutzt werden und deshalb der Schutz dieser ein Fokus bei der Konfliktlösung  
25 sein muss. Das letzte Jahr hat einmal wieder gezeigt, Netanjahu und die  
26 rechtsextreme israelische Regierung haben kein Interesse an Frieden und sehen  
27 teilweise, wie der Verteidigungsminister Yoav Gallant, Palästinenser\*innen nicht  
28 als Menschen, sondern Tiere. Ein ganzes Volk wird verantwortlich für die Taten  
29 der Hamas gemacht.

30 Dabei verursachten die israelischen Verteidigungsmaßnahmen und  
31 Vergeltungsangriffe nach dem 7. Oktober 2023, wo mindestens 1200 Zivilist\*innen  
32 getötet und 239 entführt wurden, besonders im Gazastreifen, eine humanitäre  
33 Katastrophe, die Tausende zivile Opfer forderte und wesentliche Infrastruktur  
34 zerstörte. Wir begrüßen, dass die EU eine Luftbrücke zur Versorgung der Menschen  
35 in Gaza eingerichtet hat und erwarten weiterhin von allen in der Region maximale  
36 Bereitschaft dazu, die humanitäre Situation zu verbessern. Tatsächlich kommen  
37 jedoch bisher zu wenige Güter sicher an, unter anderem da die Hamas Hilfsgüter  
38 beschlagnahmt und übersteuert an die Menschen verkauft, aber auch weil NGOs und  
39 andere Akteure Angst vor Beschuss durch das israelische Militär haben. Die  
40 humanitäre Krise im Gazastreifen erfordert sofortige Maßnahmen. Die anhaltende  
41 Gewalt muss beendet und eine politische Lösung durch Verhandlungen und die

42 Achtung der Menschenrechte angestrebt werden. Die internationale Gemeinschaft  
43 muss Verantwortung übernehmen und Schritte für Frieden und Gerechtigkeit setzen

44 Stoppt das Töten von Zivilist\*innen, Deeskalation jetzt!

45 Immer wieder wird der Vorwurf von einem Genozid von Israel an dem  
46 Palästinenser\*innen erhoben. Auch die Vereinten Nationen teilen diese Sorge.  
47 Deshalb fordern wir die schnelle Aufklärung durch unabhängige Organisationen und  
48 zuständige Gerichte während und nach dem Konflikt. Bis dahin geht es darum, dass  
49 der Konflikt nicht weiter eskaliert, wobei dies genau die Realität ist. Israel  
50 reagiert auch auf Angriffe aus dem Iran oder der Hisbollah im Libanon mit  
51 militärischen Gegenmaßnahmen, die auch die Zivilbevölkerung treffen, wie in  
52 Gaza. Wir haben Angst vor weiteren Eskalation und Leid in der Zivilbevölkerung.  
53 Während wir den Kampf gegen die Terrororganisationen Hamas, Hisbollah und das  
54 iranische Unrechtsregime unterstützen, sehen wir eine Taktik Israels, die sich  
55 mal wieder gegen die arabisch-muslimische Zivilbevölkerung richtet. Israel hat  
56 ein Recht auf Selbstverteidigung und Existenz. Es wäre ein Trugschluss zu sagen,  
57 dass Frieden nur von Israel abhängt. Das Gegenteil ist der Fall, Israel ist  
58 umgeben von antisemitischen Terrororganisationen und deshalb ist es wichtig,  
59 dass Israel sich verteidigen darf und kann. Die derzeitigen militärischen  
60 Operationen gehen darüber weit hinaus. Diese Politik hilft weder den Geiseln,  
61 noch hilft es der Lösung des Konfliktes.

62 Wir fordern den Landesvorstand der Grünen Jugend Hamburg auf, folgende  
63 Forderungen, auf sich zu übertragen selbst umzusetzen und einen eigenen  
64 inhaltlichen Antrag auf dem nächsten Länderrat der Grünen Jugend zu stellen  
65 worin folgendes gefordert wird:

66 • Der Bundesvorstand der Grünen Jugend setzt sich für folgende Forderungen  
67 in der Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsarbeit und in Gesprächen mit  
68 bündnisgrünen Akteuren und Verantwortungsträger\*innen ein

69 1. Die sofortige Beendigung der illegalen israelischen Besetzung in den  
70 palästinensischen Autonomiegebieten als zentrales außen- und  
71 menschenrechtspolitisches Ziel klar zu vertreten und die Rückgabe der  
72 annektierten Gebiete zu fordern

73 2. Die Bundesregierung unmissverständlich zum Stopp aller Rüstungsexporte an  
74 Israel und andere Kriegsparteien aufzufordern, die zur Begehung von Verstößen  
75 gegen das Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Besetzung  
76 verwendet werden könnten, wenn darin eine Gefahr gesehen wird.

77 3. Auf die EU, UNO und Arabische Liga einzuwirken, einen sofortigen umfassenden  
78 Waffenstillstand zwischen Israel und anderen Kriegsparteien zu erwirken und  
79 den ungehinderten humanitären Zugang in den Gazastreifen zu ermöglichen.

80 4. Sich mit Nachdruck für die Achtung, der Menschenrechte, des humanitären  
81 Völkerrechts und der Genfer Konventionen für die Palästinenser einzusetzen.

82 5. Klar die Perspektive eines souveränen, demokratischen, entmilitarisierten und  
83 lebensfähigen Palästinenserstaates neben einem sicheren und demokratischen  
84 israelischen Staat aufzumachen.

85 6. Die Bundesregierung aufzufordern, eine führende Rolle bei der Ächtung der  
86 israelischen Besetzung in der Westbank und in Gaza auf internationalem Parkett

87 zu übernehmen und Sanktionen gegen Israel zu prüfen, die zur Beilegung des  
88 Konfliktes helfen, solange es das Völkerrecht missachtet

89

90 7. Die Bundesregierung aufzufordern, als Bundesrepublik Deutschland Palästina  
91 als Staat offiziell anzuerkennen.

92 • Die Grüne Jugend begleitet kritisch den Nahost Konflikt und das Leid der  
93 Zivilbevölkerung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit

94 • Es wird Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt, die sich kritisch mit der  
95 Regierung und Politik Israels, den Verflechtungen des Unrechtsregimes im  
96 Iran, den Terrororganisationen Hisbollah und Hamas sowie der Geschichte des  
97 Nahost Konflikts und einer Lösung dessen auseinandersetzt

98 • Aus dieser Bildungsarbeit werden Schlüsse für die politische Praxis  
99 gezogen. Darüber hinaus sind unser Landesverband und die Kreisverbände  
100 aufgerufen, sich an lokalen Friedensinitiativen für ein Ende des  
101 "Nahostkonfliktes" zu beteiligen, wenn die Beschlusslage dies zulässt.

102 Diese vier Kernforderungen dürfen nicht durch Änderungsanträge modifiziert oder  
103 heraus verhandelt werden und müssen notfalls kritisch abgestimmt werden. Die  
104 Gestaltung des restlichen Rahmen des Antrags stellen wir, als  
105 Antragssteller\*innen und Landesmitgliederversammlung, dem Landesvorstand frei.

106 Wir weisen rassistische entschieden zurück!

107 Wir als Grüne Jugend Hamburg sehen aber, dass unser Wirksamkeitsbereich auf  
108 Deutschland und Hamburg beschränkt ist. Doch auch hier macht sich der Krieg  
109 bemerkbar. Antisemitismus und antimuslimischer- und antiarabischer Rassismus  
110 sind auf einem Hoch, wie lange nicht mehr. Dabei zeigt sich besonders eine  
111 Entsolidarisierung gegenüber unseren muslimischen und arabischen, aber auch  
112 jüdischen Mitmenschen. Repressionen gegenüber pro-palästinensischen Akteuren  
113 sind weiterhin präsent. In Hamburg werden große Demonstrationen delegitimiert  
114 und diffamiert. Wir verurteilen diskriminierende Handlungen, ob antisemitisch  
115 oder anti-muslimisch, und bedauern deren Anstieg seit den Terrorangriffen der  
116 Hamas am 7. Oktober 2023 sowie den israelischen Reaktionen. Unsere Kritik  
117 richtet sich an die israelische Regierung, nicht an das jüdische Volk oder die  
118 Religion. Die Hamas wird für Terrorangriffe verurteilt, die gegen Zivilisten  
119 gerichtet waren. Sie handeln nicht im Interesse der Palästinenser\*innen. Eine  
120 Gleichsetzung von Zivilist\*innen und Terrorist\*innen ist schlichtweg rassistisch.  
121 Auch wenn es Stimmen aus dem pro-palästinensischen Lager gibt, die  
122 antisemitische Äußerungen verbreiten und die Taten der Hamas feiern gibt es  
123 keinen Grund Muslim\*innen pauschal dem zu verdächtigen und rassistische  
124 Debatten anzuheizen.

125 Selten haben sich Menschen aus der muslimischen und arabischen sowie jüdischen  
126 Community so alleine und ausgegrenzt gefühlt. Dazu kommt eine Politik, die  
127 ständig gegen Migrant\*innen hetzt. Seien es Friedrich Merz, der gegen  
128 migrantisierte Taxifahrer hetzt, eine CSU, die antimuslimisches  
129 Propagandamaterial herstellt, das an dunkelste Zeiten erinnert oder Grüne, die  
130 eine Asylrechtsverschärfung nach der nächsten durchwinken. Auch die zunehmenden  
131 Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus bekämpft man

132 nicht, indem man sich an rassistischen Debatten beteiligt. Antimuslimischer  
133 Rassismus ist keine Strategie gegen Antisemitismus!

134 Wir sagen: Es reicht! Wir befeuern nicht weiter diesen Teufelskreis der Hetze  
135 gegen Muslim\*innen. Die Gefahr von Rechts richtet sich nicht nur gegen  
136 Jüd\*innen, sondern auch gegen Migrant\*innen und viele andere marginalisiert  
137 Gruppen. Während Deutschland ein echtes Problem mit Islamismus hat, wird das  
138 nicht nur schleppend angepackt. Es wird auch ein Keil weiter durch die  
139 Gesellschaft getrieben, der Menschen nur weiter in die Radikalisierung treibt.  
140 Statt Populismus braucht es jetzt eine solidarische und integrierende Politik!